

Klinterklater

Braunschweig

Nr. 2/2005

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

Juli 2005

Das war ein Wochenende .. das viele lange nicht vergessen werden!

Gemeint ist der Polizeieinsatz bei der NPD-Demonstration am 18. Juni. Schon Monate vorher war bekannt, dass die Anhänger dieser Neonazipartei an diesem Tage eine Demonstration in Braunschweig angemeldet hatten. Diese Absicht rief ein breites Bünd-

Aufruf von Bundestagspräsident Thierse, Regierendem Bürgermeister Wowereit, Politikern aller demokratischen Parteien und Gewerkschaftlern zur Teilnahme an einer Gegendemonstration. Und als die Neonazis ihren Marsch beginnen wollten, fanden sie die Auf-

rere tausend Bürgerinnen und Bürger wollten durch ihre aktive Teilnahme zeigen, dass Nazis in Braunschweig unerwünscht sind.

Was sie dann erlebten, versetzte ihnen und vielen unbeteiligten Personen - Einwohnern, Passanten, Leuten, die zum Einkaufen nach



Völlig überrascht waren die friedlichen Demonstranten, als im Bereich Lange Straße / Küchenstraße plötzlich und ohne Vorwarnung Wasserwerfer gezielte Strahlen auf sie richteten. So wie bisher hätten sie auch diesmal ohne Gewalt die Straße frei gemacht, wenn die Polizei sie per Lautsprecher aufgefordert hätte.

Foto. A. Gräbner

nis von Bürgerinnen und Bürgern auf den Plan, die mit einer Gegendemonstration aufzeigen wollten, dass in Braunschweig kein Platz für Nazis ist.

Ermutigt wurden diese Gegendemonstranten durch die Ereignisse in Berlin. Hier hatten die Neonazis anlässlich des 60. Jahrestages der Kapitulation Hitlerdeutschlands mit einer großen Demonstration vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor die deutsche und internationale Öffentlichkeit provozieren wollen. Sie hatten jedoch nicht mit der Reaktion der Berliner Bevölkerung gerechnet. Diese befolgte mit Tausenden Teilnehmern den

marschstrecke durch Tausende von Bürgerinnen und Bürgern versperrt und mussten nach mehreren Stunden kleinlaut wieder in ihre Züge steigen. So setzten die Berlinerinnen und Berliner ein Zeichen, das national und international große Beachtung fand.

Auf Ähnliches hofften auch viele überzeugte Demokraten in Braunschweig. Eine erste Enttäuschung erlebten sie, als CDU-OB Dr. Hoffmann nicht etwa zur Teilnahme an der Gegendemonstration aufrief, sondern dazu riet, lieber zu Hause zu bleiben. Viele andere Personen des öffentlichen Lebens unterstützten allerdings den Aufruf, und meh-

Braunschweig gekommen waren - einen tiefen Schock. In Braunschweig waren über 3000 Polizisten aus Niedersachsen und dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogen worden. Und die verantwortliche Einsatzleitung sah offensichtlich ihre einzige Aufgabe darin, den knapp 300 Neonazis den Demonstrationsweg freizuräumen. Die Innenstadt wurde großflächig abgesperrt, so dass in weiten Bereichen jede Bewegungsmöglichkeit unterbunden wurde. Anwohner kamen nicht in ihre Wohnung oder konnten sie nicht verlassen, Arbeitnehmer gelangten

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Das war ein Wochenende ...

nicht zu ihrem Arbeitsplatz oder nach Arbeitsschluss nicht nach Hause, und Einkäufen war fast vollkommen unmöglich. Taurige Höhepunkte waren der Einsatz von Gummiknüppeln und Wasserwerfern sowie die stundenlange Einkesselung friedlicher Bürgerinnen und Bürger, denen nicht einmal das Aufsuchen einer Toilette ermöglicht wurde. Erschüttert mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass die Einsatzkräfte zwar das Demonstrationsrecht der Neonazis schützten, aber nicht ihr Grundrecht auf Menschenwürde, Freizügigkeit und körperliche Unversehrtheit. Braunschweig ist eben nicht Berlin!

Noch beschämender das Nachspiel. Die Polizeiführung ist immer noch der Auffassung, nichts falsch gemacht zu haben, und beruft sich im übrigen auf die Vorgaben der Verwaltungsgerichte. Das Verwaltungsgericht betont, weder Knüppeleinsatz noch Wasserwerfer gegen Sitzblockaden gefordert zu haben, kann aber nicht leugnen, dass die stundenlange Einkesselung von Hunderten Bürgerinnen und Bürgern von einem Verwaltungsrichter genehmigt wurde - auf welcher Rechtsgrundlage auch immer. CDU-Innenminister Schünemann, oberster Dienstherr der Polizeiführung, ließ sich zwar ständig informieren, kann aber keine Fehler der Einsatzleitung erkennen und lehnt sicherheitshalber jede Verantwortung ab. Und der CDU-Oberbürgermeister dankt der Polizei für ihren Einsatz, hat aber kein Wort des Bedauerns für die Opfer des rigorosen Vorgehens der Einsatzkräfte, für die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt, die an diesem Tage nicht ihnen, sondern 250 Neonazis gehörte.

Besonders tragisch ist, dass viele junge Leute unter den Leidtragenden des Einsatzes waren. Sie haben im Geschichtsunterricht ihrer Schule das Dritte Reich behandelt und haben gelernt, dass man den Deutschen nach dem Ende des Nazireichs den Vorwurf machte, sich passiv gefügt zu haben. Sie wollten es besser machen, wollten friedlich ihre Abscheu vor Dummheit, Intoleranz und Fremdenhass öffentlich bekunden, und mussten erleben, wie Rechtsbrecher behandelt zu werden. An sie wendet sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann. „Die Braunschweiger Sozialdemokraten danken Euch für Euer Bekenntnis für Demokratie und gegen Hass und Gewalt. Ich versichere Euch unsere Solidarität. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Das war ein Wochenende

Unangemessene Polizeiaktion

■ Der Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann ist seit langem Fürsprecher der Braunschweiger Polizei.

Klinterklater: *Sie haben nicht nur im Innenausschuss des Landtages viel für die Braunschweiger Polizisten getan, Sie begleiten die Beamten sogar in regelmäßigen Abständen auf Streifenfahrten, um wirklich zu erfahren, was Polizeidienst bedeutet. Wie sehen Sie den Polizeieinsatz anlässlich des NPD-Aufmarsches am 18. Juni?*

Bachmann: Ich habe auch an diesem Tage über zehn Stunden die Polizei – mit Genehmigung des Polizeipräsidenten – begleitet, um mir ein persönliches Bild von dem Einsatz zu machen. Vor dem Einsatz hieß es seitens der Einsatzleitung: „Wir wollen keinen Wasserwerfer-Einsatz“. Nachdem der NPD-Aufmarsch wegen der Blockade am Bohlweg auf der Kurt-Schumacher-Str. über längere Zeit zum Stehen kam, hätte die Möglichkeit bestanden, ihn abzubrechen. Ich hatte schon zu dieser Zeit befürchtet, dass es später zu derartigen Vorfällen kommen könnte.

Ich halte die dann ergriffenen Maßnahmen für unangemessen und schließe mich in vollem Umfang der Meinung unseres früheren Polizeipräsidenten Ahlers an. Ich befürchte, die harte



Klaus-Peter Bachmann, MdL aus Braunschweig.
Foto: A. Gräbner

Linie ist unserer Polizeidirektion aus dem Innenministerium vorgegeben worden. Ich setze für die Zukunft auch auf die eingeleiteten Ermittlungsverfahren zum Wasserwerfereinsatz und zur „Gewahrsamnahme“ am Hagenmarkt. Ich hoffe, dass alle politischen Kräfte und die Gerichte dazu beitragen, dass sich derartiges in Braunschweig nicht wiederholt.

Gysi und Lafontaine

„Die Linkspartei“

■ Noch gibt es erhebliche Widerstände bei den Parteimitgliedern, sowohl bei der WASG als auch bei der PDS. Aber möglicherweise werden die beiden „Ruhestandspolitiker“ auf einer gemeinsamen Liste zur vorgezogenen Bundestagswahl antreten. Die vorwiegend ostdeutsche PDS und die eher westdeutsche WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) beginnen, sich mit jeweils knappen Mehrheiten für die beiden umstrittenen Wahllokomotiven zu entscheiden. Längst vergessen ist, dass Gysi einst von der politischen Bühne abtreten musste, als herauskam, dass er sich auf Kosten der Steuerzahler private Flugreisen geleistet hatte. Und Oskar Lafontaine? Seine jetzigen Freunde scheint nicht zu kümmern, dass er zweimal als politische Führungskraft kläglich versagt hat. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1990, als seine Aufgabe als Oppositionsführer selbstverständlich gewesen wäre, hat er sich aus dem Staub gemacht. Als er dann 1998 Finanzminister wurde, flüchtete er schon ein paar Monate später aus dem Amt,

ohne dem Kanzler oder den Medien, die sein Haus belagerten, ein einziges Wort der Begründung mitzuteilen.

Als er dann im Laufe der Jahre seine Sprache wiederfand, nutzte er sie vornehmlich, um über die SPD oder die rot-grüne Regierung heranzuziehen.

Für die WASG ist Lafontaines Vergangenheit ohne Bedeutung. Deren Vorsitzender Klaus Ernst ist politisch so unbedeutend, dass mit ihm kaum Stimmen zu holen wären. Der glänzende Redner Lafontaine wird die Stimmen vieler Protestwähler auf sich ziehen, offenbar auch mit Parolen, denen die NPD Beifall spendet. Oskar Lafontaine steht nicht für ein klares, realisierbares Konzept sondern ausschließlich für sich selbst. Und die WASG wird bald merken, dass nicht sie ihn als Mittel zum Zweck benutzt, sondern er sie. Wenn nach den Wahlen den Wählern aufgeht, dass sie auf einen falschen Propheten gesetzt haben, und die CDU/CSU mit Hilfe der FDP den Sozialstaat endgültig abbaut, dann wird es zu spät sein.

Dr. Carola Reimann stellt sich zur Wiederwahl

Die Braunschweiger SPD-Abgeordnete tritt im September wieder für die Bundestagswahl an. Der Klinterklater Braunschweig sprach mit der Abgeordneten über die Wahlen und die wichtigsten Ziele.

Klinterklater: *Frau Dr. Reimann, seit der Wahl in NRW wird viel über die Blockademehrheit von CDU und FDP im Bundesrat gesprochen. Würde ein Sieg der bisherigen Koalition bei den vorgezogenen Bundestagswahlen an dieser Situation wirklich etwas ändern?*

Reimann: Das ist eine Frage, die ich sehr oft höre. Rein rechnerisch ändert sich vorerst nichts. Vergessen Sie aber nicht: Wenn uns die Wähler erneut das Mandat erteilen, dann kann die Union, die im Bundesrat die Mehrheit hat, nicht weitere vier Jahre ihre unverantwortliche Blockade aufrechterhalten. Diese Blockadehaltung hat nicht nur den Willen der Wähler ignoriert, sondern sie hat unserem Land geschadet.

Können Sie mir ein Beispiel nennen?

Eines? Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Beispielen nennen. Ich nenne Ihnen eines, bei dem deutlich wird, was Blockadehaltung heißt: Die Eigenheimzulage. Wir wollten die Eigenheimzulage zu Gunsten von Bildung und Forschung abschaffen und sind damit an der CDU im Bundesrat gescheitert. Und jetzt wird die Abschaffung der Eigenheimzulage plötzlich zum Wahlkampfthema der CDU? Ich nenne so ein Vorgehen unverantwortlich, unseriös und schädlich für unser Land!

Und dennoch sehen die aktuellen Umfrageergebnisse CDU und FDP vorn.

Ja, in der Tat. Aber ich warte gespannt auf den Tag, an dem die Union die Katze aus dem Sack lässt. Dann muss Sie dem Wähler sagen, was sie wirklich will. Das jetzige Geschwätz von Politik aus einem Guss, von mehr Eigenverantwortung und Subventionskürzungen vernebelt doch nur das, worum es der Union wirklich geht: massiven Sozialabbau. CDU und FDP wollen die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Nacht- und Feiertagsarbeit abschaffen. Das verstehen die unter Kürzung von Subventionen. In Wirklichkeit ist das eine Steuererhöhung, die nur die Arbeitnehmer trifft. Oder nehmen Sie die Vorschläge zur Sozialversicherung. Die CDU will die Kopfpauschale, bei der der Chef den gleichen Beitrag zur Krankenversicherung zahlt wie seine Sekretärin. Das ist unsozial! Das ist mit uns nicht zu machen!

Was setzt die SPD dagegen?

Wir sind ehrlich und sagen dem Wähler, dass unser Sozialstaat reformiert werden muss, damit er auch Morgen noch Bestand hat. Mit uns gibt es keinen Abbau des Kündigungsschutzes, keine Aufweichung der Tarifverträge und schon gar keine unsoziale Kopfpauschale. Es ist doch so: Gerade diese Rechte – die hart erkämpft werden



Dr. Carola Reimann, Braunschweigs Abgeordnete im Bundestag.

mussten - haben zum sozialen Frieden in Deutschland und zum wirtschaftlichen Erfolg erheblich beigetragen. Wir wollen eine Bürgerversicherung, die alle einbezieht. Hier tragen starke Schultern mehr als Schwache. Wir wollen aber überkommene Subventionen, wie die Eigenheimzulage zugunsten von Bildung und Forschung streichen. Das sind zukunftsgerechte Investitionen, die unseren Wohlstand und den Sozialstaat sichern helfen.

Nun zu Ihnen. Sie werden wieder hier in Braunschweig antreten. Warum sollte man Sie wählen?

Braunschweig konnte in den letzten Jahren erheblich von der sozialdemokratischen Politik profitieren. Für Braunschweig als Stadt der Forschung war es besonders wichtig, dass die Bundesregierung seit 1998 die Förderung von Wissenschaft und Forschung kontinuierlich erhöht hat. Seit September 2002 sind insgesamt über 22 Millionen Euro als direkte Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nach Braunschweig geflossen. Als Mitglied des Bildungs- und Forschungsausschusses konnte ich mich erfolgreich für die Sicherung des Wissenschaftsstandortes Braunschweig einsetzen. Oder nehmen Sie die Ganztagschulen. Obwohl Bildung im Wesentlichen Ländersache ist, stellte die Bundesregierung vier Milliarden Euro für den bundesweiten Ausbau von Ganztagschulen bereit. In Braunschweig sind allein in diesem Jahr neun Schulen mit insgesamt 15,2 Millionen Euro zur Förderung vorgesehen. Als Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung arbeitete ich aktiv an Vorschlägen zur Umsetzung der Bürgerversicherung mit. Dafür will ich auch die nächsten vier Jahre kämpfen.

Frau Dr. Reimann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Dr. Carola Reimann: Zur Person

- 1967 in Goch geboren
- 1987 Abitur, Studium der Biotechnologie an der Technischen Universität Braunschweig.
- 1993 Diplom
- 1994 Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Technologie an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig
- 1995 bis 1999 Promotion am Institut für Technologie an der FAL in Braunschweig
- 1998 bis 1999 Referentin im Bereich „Public Health“
- 2000 Projektleiterin medizinisches Marketing

- Februar 2000 Eintritt in den Bundestag für den am 21.02.2000 ausgeschiedenen Abgeordneten Ernst Schwanhold
- Seit 2002 Direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis Braunschweig
- Mitglied in Ausschüssen für „Gesundheit und Soziale Sicherung“ und für „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“
- Mitglied der Enquete-Kommission „Ethik und Recht in der modernen Medizin“
- 2004 Wahl durch SPD-Bundestagsfraktion zur Senatorin der Fraunhofer Gesellschaft
- seit 2002 Unterbezirksvorsitzende der SPD Braunschweig

Das Wahlprogramm der CDU/CSU

Der vorgezogene Wahltermin hat die Union kalt erwischt. Bisher genügte es, die Arbeit der Regierung zu kritisieren, um Pluspunkte zu sammeln. Wenn es aber um echte Wahlen geht, werden die Leute, die in Umfragen der CDU den Vorzug gegeben haben, wissen wollen, was nun anders werden soll.

Die notwendigen Einschnitte bei der Gesundheitsreform und strengeren Maßstäbe bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe haben der SPD Kritik eingebracht, obwohl die härtesten Bedingungen von der Opposition über den Vermittlungsausschuss in die Gesetzestexte hineingedrückt wurden. Wenig bedacht wird auch, dass die Regierungsarbeit durch die CDU-Mehrheiten im Bundesrat häufig blockiert wurde.

Nun schlägt die Stunde der Wahrheit. Frau Merkel muss den Wählern ihre Ziele offenbaren. Wer in den Medien klare Aussagen sucht, findet nur Weichgespültes. Man will ja die Wähler nicht verschrecken. Von „grundlegenden Veränderungen“ ist die Rede oder von der „Verpflichtung zur Ehrlichkeit“. Wer wissen will, was gemeint ist, muss hinter die Kulissen blicken.

Interessante Aussagen finden wir in einem Zehn-Punkte-Programm des CDU-Wirtschaftsrates vom 14.06.2005:

► **„Für die Risiken des Alters, der Gesundheit und der Pflege muss der Bürger schrittweise in die Eigenverantwortung hineinwachsen.“**

Im Klartext heißt das: Die Solidargemeinschaft

der gesetzlichen Krankenversicherungen (AOK, Ersatzkassen) wird bis auf wenige Grundleistungen heruntergefahren. Höherwertige Leistungen (Zahnersatz, Hörgeräte usw.) kann man privat versichern. Der eingeplane Koalitionspartner FDP will die gesetzlichen Solidarversicherungen gleich völlig abschaffen.

► **„Der gesetzliche Kündigungsschutz gehört für alle Neueinstellungen abgeschafft, unabhängig von der Unternehmensgröße.“**

Nach amerikanischer Sitte wird eingestellt und rausgeschmissen. Einfach so!

► **„Studiengebühren von 500 Euro pro Semester sind nötig, aber im internationalen Vergleich nur ein erster Schritt. Wettbewerb unter den Hochschulen setzt nur ein, wenn sich der Staat bei kreditfinanzierten Studiengebühren heraushält.“**

Ein Student, der keine wohlhabenden Eltern hat, beginnt sein Berufsleben mit einem Schuldenberg von bis zu 50 000 Euro. Wenn er dann am Anfang wenig verdient, zum Beispiel als Assistenzarzt, wird er kaum die Mittel für eine Existenzgründung aufbringen können.

Medienberichten zufolge will die CDU mit

einem Familienfreibetrag sicherstellen, dass eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Jahreseinkommen von 32.000 Euro keine Steuern mehr zahlen muss. Verschwiegen wird, dass nach geltendem Recht eine vierköpfige Familie unter Berücksichtigung des Kindergeldes bis zum einem Jahreseinkommen von 37.540 Euro keine Steuern zahlen muss. Die angebliche Wohltat erweist sich demnach als versteckte Steuererhöhung.

CSU-Chef Stoiber ist weniger zaghaft als die CDU. Er weiß, dass er in Bayern immer eine satte Mehrheit hat, egal, was er sagt. Zum Entsetzen von Angela Merkel ließ er verlauten: „Man darf Kürzungen im Sozialbereich und bei den Subventionen nicht länger skandalisieren.“ Mit anderen Worten: Die einschneidenden Maßnahmen von „Hartz IV“ genügen ihm bei weitem nicht.

Für die Bezieher sehr hoher Einkommen könnte der Wechsel zu einer schwarz-gelben Koalition Vorteile bringen. Für Familien mit mittleren oder kleinen Gehältern könnte es eng werden.

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlosstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSDP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Manfred Pesditschek

Druck: Igel-Druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 50 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11



Sommer, Sonne, SPD ...

Das 15. Sommerprogramm

■ In den Sommerferien lädt die SPD wieder zu zahlreichen Veranstaltungen und Führungen ein. Das gesamte Programm erhalten Sie beim SPD-Unterbezirk in der Schlosstraße 8 unter Telefon 4 80 98-21 oder im Internet unter www.spd-braunschweig.de.

Bürgersprechstunden der SPD-Landtagsabgeordneten

■ Die Landtagsabgeordneten Isolde Saalmann und Klaus-Peter Bachmann bieten Bürgersprechstunden im SPD-Büro in der Schlosstraße 8, 3. OG, an.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

- Isolde Saalmann:
 - Montag, 12. September, 16 – 17 Uhr
- Klaus-Peter Bachmann:
 - Freitag, 26. August, 14.30 Uhr

Bürgersprechstunden der Bundestagsabgeordneten

■ Die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann bietet Bürgersprechstunden von 9 – 18 Uhr im SPD-Büro in der Schlosstraße 8, 3. OG, an.

Terminabsprache ist erforderlich unter Telefon 05 31 / 4 80 98 22.

Die Termine sind :

- Dienstag, 2. August
- Dienstag, 30. August

Dienstag, 19. Juli um 18 Uhr

Bundesjustizministerin Zypris spricht zur Patientenverfügung

■ Bundesjustizministerin Brigitte Zypris spricht zur Patientenverfügung im Volksfreundschaftsraum, Schlosstraße 8, III. OG.

Samstag, 30. Juli, 12 Uhr

Christopher-Street-Day

■ Die Parade zum diesjährigen Christopher-Street-Day startet auf dem Burgplatz. Schirmherrin ist Dr. Carola Reimann.